

Streit über Anleger Landungsbrücken

Keine Genehmigung für Fährlinien

VON JOHANNA TYRELL

Hamburg. Um die Hamburger Landungsbrücken ist ein heftiger Kampf ausgebrochen. Private Fahrbetriebe wollen angesichts wachsender Passagiernachfrage Fahrten von dem Anleger in den Hamburger Westen anbieten. Doch die Stadt erteilt ihnen keine Genehmigung. Nun hat ein privater Fahrbetrieb Klage gegen die Stadt eingereicht. Er möchte mit seinem Schiff regelmäßig von den Landungsbrücken nach Wilhelmsburg und Blankenese fahren. Die Stadt hat ihm das bislang aufgrund der technischen Ausstattung seines historischen Schiffes versagt.

Auch Sven Fischer von der Reederei Sven Fischer KG hat von der städtischen Hafenbetriebsgesellschaft Hamburg Port Authority (HPA) keine Anlaufgenehmigung für die Landungsbrücken erhalten. „Es scheint organisatorisch nicht möglich zu sein, dort regelmäßig einen Platz zu bekommen“, sagt Fischer. Bisher bietet er nur Ausflugsfahrten auf der Elbe an. „Die Nachfrage nach regelmäßigen Linienfahrten ist in der letzten Zeit enorm gestiegen.“ Mit seinen Fahrgastschiffen möchte Fischer nun in den Linienverkehr einsteigen. Inzwischen hat die HPA ihm eine Genehmigung für den Fischmarkt Altona erteilt. Die S- und U-Bahnbindung ist dort jedoch nicht so gut, wie an den Landungsbrücken. Er hofft, dass sich durch die Klage seines Kollegen die Meinung ändern wird.

Auch die Hadag hat inzwischen auf die wachsenden Begehrlichkeiten privater Anbieter reagiert. Das Tochterunternehmen der Hamburger Hochbahn AG betreibt die Fährlinien im Hamburger Hafen. Die Hadag kündigte jetzt an, von April bis Oktober an den Wochenenden und Feiertagen täglich zwei Fahrten nach Wedel anzubieten – mit Zwischenhalten in Neumühlen, Teufelsbrück und Blankenese. „Mit dem neuen Angebot reagiert die städtische Reederei auf wachsende Begehrlichkeiten privater Unternehmen“, heißt es.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

WOHNUNGSBRAND

Zehn Verletzte

Göttingen. Bei einem Wohnungsbrand am Rand der Göttinger Innenstadt sind gestern früh zehn Menschen leicht verletzt worden. Aus bislang ungeklärter Ursache war das Feuer in einer Wohnung im Erdgeschoss des Hauses ausgebrochen, wie die Polizei mitteilte. Die Bewohner dieser Wohnung, eine Familie mit fünf Kindern, konnten selbst vor den Flammen flüchten. Auch vier Mitglieder einer Wohngemeinschaft darüber entkamen dem Brand ohne Hilfe. Ein Mieter mit seinem Kind musste hingegen von der Feuerwehr gerettet werden.

LAGERHALLE IN FLAMMEN

40 000 Euro Schaden

Alt Pansow. Beim Brand einer Lagerhalle auf einem Bauernhof in Alt Pansow im Kreis Vorpommern-Greifswald ist nach Angaben der Polizei ein Schaden in Höhe von rund 40 000 Euro entstanden. Laut Polizeibericht war das Feuer aus bislang ungeklärter Ursache in der Nacht zum Sonntag in der rund 800 Quadratmeter großen Halle ausgebrochen. Verletzt wurde niemand. Die Ermittlungen zur Brandursache dauerten gestern noch an.

FREIZEITMESSE

Besucherkarte geht zurück

Hannover. Rund sechs Prozent weniger Besucher als im vergangenen Jahr hat die gestern zu Ende gegangene Freizeitmesse ABF in Hannover verzeichnet. 125 000 Menschen strömten nach Auskunft der Veranstalter von gestern an neun Tagen auf das Messegelände 2013 waren es noch 132 500. In diesem Jahr präsentierten 900 Aussteller in acht Hallen ihre Angebote aus den Bereichen Garten, Einrichten, Auto, Camping oder Reisen. Laut einer Studie im Auftrag des Veranstalters haben in diesem Jahr 66,5 Prozent der Besucher etwas gekauft oder bestellt. Im Vorjahr waren es noch 71,6 Prozent.

RANDELE IM BAHNHOF

Beamte angegriffen

Hamburg. Mit Schlägen und Fußtritten haben vier angetrunkenen Männer in einem Schnellrestaurant im Hamburger Hauptbahnhof Mitarbeiter der Bundespolizei angegriffen. Die Männer sollen dort in der Nacht zum Sonnabend die rechtsradikale Parole „Sieg Heil“ skandiert und einem Gast ins Essen gespuckt haben, wie die Bundespolizei gestern mitteilte. Die Beamten seien beleidigt und attackiert worden und hätten Pfefferspray eingesetzt, hieß es. Erst als weitere Kollegen kamen, brachten sie die Lage unter Kontrolle.

REDAKTION NORDDEUTSCHLAND

Telefon 0421/36 71 32 05

Fax 0421/36 71 10 28

E-Mail:

norddeutschland@weser-kurier.de

„Gänsejagd kann Schäden nicht verhindern“

Forscher Helmut Kruckenberg: Tiere werden scheuer und konzentrieren sich auf wenige Flächen



Hungrige Gänse im Anflug – besonders von Landwirten werden sie nicht gern gesehen.

FOTO: INGO WAGNER

Naturschützer und Jäger streiten heftig über die Gänsejagd, in Ostfriesland ist schon vom „Gänsekrieg“ die Rede. Helmut Kruckenberg ist Gänseforscher. Der in Verden lebende Wissenschaftler arbeitet an internationalen Projekten und verbringt viel Zeit in den Rastgebieten. Als Forscher ist dem 44-Jährigen daran gelegen zur Verschärfung der Diskussion um die Gänsejagd beizutragen. Silke Looden sprach mit Helmut Kruckenberg.

Herr Kruckenberg, haben die heimischen Gänsebestände tatsächlich so stark zugenommen wie Jäger und Landwirte behaupten?

Helmut Kruckenberg: Das muss man differenziert betrachten. Einerseits haben wir die Zugvögel, die im Sommer in der Arktis brüten und im Winter zu uns kommen. Diese haben seit dem Zweiten Weltkrieg zugenommen. Durch die Intensivierung der Landwirtschaft hier, aber auch durch Verfolgung in der Arktis selber, waren die Gänse vor dem Aussterben. Ab 1974 hat man in internationalen Verträgen umfangreichen Schutz für Gänse umgesetzt. Die Bestände haben sich erholt. Die Zunahme ist also gewollt und gut so. Heute sind die meisten Gänsearten im Bestand stabil, vier Arten nehmen allerdings wieder deutlich ab, nur die Weißwangengans nimmt momentan noch zu. Dann gibt es die Graugans, die hier ein einheimischer Vogel ist. Sie war im späten Mittelalter in Westdeutschland ausgestorben. Hauptgründe waren die Lebensraumzerstörung durch Trockenlegungen und menschliche Verfolgung. In den Siebzigerjahren hat sich die Landesjägerschaft mit Unterstützung des Landes Niedersachsen engagiert und die Graugans wieder als Brutvogel angesiedelt. Das war ein richtiges, erfolgreiches Projekt, mit der Konsequenz, dass die Graugans wieder bei uns brütet.

Haben die Graugans-Bestände denn tatsächlich so stark zugenommen?

Hamburg: Er ist nicht sehr groß, dafür gemütlich. Die Wände des weißen Bauwagens sind innen mit hellem Holz verkleidet, Bänke und ein Tisch laden zum Verweilen ein. „Embassy of Hope“ haben die „Lampedusa-Flüchtlinge“ ihren neuen, mit Spenden finanzierten und selbst ausgebauten „Aufenthaltsraum“ auf Rädern getauft. „Seit acht Monaten leben die Flüchtlinge unter dem Schutz der Kirche und ehrenamtlicher Helfer. Übernachteten im vergangenen Sommer und Herbst rund 80 von ihnen noch auf dem Fußboden der St. Pauli-Kirche von Pastor Sieghard Wilm, leben 52 von ihnen inzwischen in beheizten Containern rund um das Gotteshaus sowie um die

Die Graugans erobert sich ihr ursprüngliches Verbreitungsgebiet zurück. Die Bestände lassen sich schlecht erfassen, auch weil die europäischen Graugänse ein unterschiedliches Zugverhalten haben. Wenn wir in den Wümmwiesen oder an der Küste Graugänse sehen, können wir bis Mitte Mai nicht sagen, ob es lokale Vögel sind oder ob diese auf das Ende des Winters in Nordnorwegen warten. Man kann die lokalen Vögel von den Zugvögeln optisch nicht unterscheiden.

Landwirte klagen darüber, dass Gänse ihre Felder kahl fressen.

Zunächst macht nicht jede Gans sofort einen Schaden. Aber besonders die geschützte Weißwangengans konzentriert sich in wenigen Regionen und kann gegebenenfalls Mindererträge verursachen. Es hat sich aber gezeigt, dass Schäden durch die Jagd nicht verhindert werden.

Warum nicht?

Um Schäden wirksam zu verhindern, müsste man alle Schäden durch Gänse wirkungsvoll vermeiden, müsste man den Status quo der Nachkriegszeit wieder herstellen und viele Hunderttausend Gänse abschießen. Das wäre nicht mit EU-Recht vereinbar und wohl auch kaum leistbar. Um Schäden auf einzelnen Flächen zu vermeiden aber ist die Jagd nicht tauglich. In Niedersachsen hat die Graugans übrigens aktuell eine Jagdzeit vom 1. August bis 15. Januar. Das ist das Maximum dessen, was rechtlich möglich ist. Wenn die Graugans

Sie kaufen den Jägern also nicht ab, dass sie die Schäden reduzieren wollen?

Wollte man alle Schäden durch Gänse wirkungsvoll vermeiden, müsste man den Status quo der Nachkriegszeit wieder herstellen und viele Hunderttausend Gänse abschießen. Das wäre nicht mit EU-Recht vereinbar und wohl auch kaum leistbar. Um Schäden auf einzelnen Flächen zu vermeiden aber ist die Jagd nicht tauglich. In Niedersachsen hat die Graugans übrigens aktuell eine Jagdzeit vom 1. August bis 15. Januar. Das ist das Maximum dessen, was rechtlich möglich ist. Wenn die Graugans

jetzt noch immer ein Problem sein sollte, zeigt das ja nur, dass tatsächlich die Jagd nicht einmal zum Management der regionalen Bestände geeignet ist.

Das Land zahlt den Bauern einen Ausgleich...

Landwirte in Vogelschutzgebieten können Verträge zum Schutz der Gänse abschließen. Dennoch dürfen Graugänse und Enten dort geschossen werden. Das verhindert einen wirksamen Gänsechutz – und auch die geschützten Arten werden dadurch erheblich beunruhigt. Aber auch aus landwirtschaftlicher Sicht ist die Situation unbefriedigend, weil nicht alle wirklich Betroffenen auch Verträge bekommen können.

Dann müsste man die Gänse zählen?

Das ist nicht das Problem. Wir haben ein nationales und internationales Gänse-Monitoring. In den großen Rastgebieten Niedersachsens werden die Vögel wöchentlich gezählt. Allerdings rasten in Niedersachsen acht verschiedene Arten mit einer unterschiedlichen Ökologie und anderem Zugverhalten. Das macht das Thema komplex und die öffentlich ausgetragene Diskussion wird dem selten gerecht.

Also gibt es doch Zahlen?

Die Bestände in Niedersachsen schwanken stark je nach Witterung und Jahreszeit. Wir sind ein Durchzugsgebiet für die Gänse, die überwiegend in die Niederlande, nach Belgien und teils bis nach Spanien ziehen. Insofern haben wir jede Woche andere Zahlen. Aber das ist nicht die Population. Die Population sind diejenigen Gänse einer Art, die denselben Zugweg haben. Das sind in Westeuropa etwa 800 000 Weißwangengänse, eine Million Bless- und 500 000 Graugänse – aufgeteilt auf viele Staaten. Im Vergleich zu anderen Vogelarten sind das nicht viele. So gibt es etwa etwa 24 Millionen Stockenten. Jährlich werden in

Deutschland mehr Rehe geschossen als es Blessgänse gibt.

Niedersachsen plant eine Einschränkung oder gar ein Verbot der Gänsejagd. Bringt das etwas?

Ein Schutzgebiet macht nur dann Sinn, wenn die Vögel auch geschützt werden. Klar. Alles andere kann man doch eigentlich auch nicht vermitteln. Wie lassen sich denn sonst mehr als eine Million Euro im Jahr rechtfertigen? In vielen Teilen stellen die neuen Regeln auch nur eine Anpassung an bestehendes Recht dar. Da der Abschluss von geschützten Arten eine Straftat ist, kommen klarere Regeln besonders den Jägern zugute. Der Abschluss einer geschützten Art ist eine Straftat. Insofern stellen die neuen Regeln auch eine klare Verbesserung für die Jäger dar.

Naturschutzverbände bieten Ausflüge für Gänsefreunde in die Rastgebiete an. Macht das Probleme?

Wenn so viele Gelder für betroffene Landwirte ausgegeben werden, muss ständig um Akzeptanz beim Steuerzahler geworben werden. Die Faszination Vogelzug lässt sich nicht vor dem Fernseher erleben. Dies geht nur in der Natur. Die Regionen sollten den Zugvogelreichtum als Chance begreifen.



Er hält die Bejagung der Gänse für kein geeignetes Mittel, Schäden in der Landwirtschaft zu verhindern: Gänseforscher Helmut Kruckenberg.
FOTO: FR

Kirche sieht keine schnelle Lösung

Ausgang des Streits über Zukunft der Lampedusa-Flüchtlinge ist offen

VON MARKUS KLEMM

Hamburg: Er ist nicht sehr groß, dafür gemütlich. Die Wände des weißen Bauwagens sind innen mit hellem Holz verkleidet, Bänke und ein Tisch laden zum Verweilen ein. „Embassy of Hope“ haben die „Lampedusa-Flüchtlinge“ ihren neuen, mit Spenden finanzierten und selbst ausgebauten „Aufenthaltsraum“ auf Rädern getauft. „Seit acht Monaten leben die Flüchtlinge unter dem Schutz der Kirche und ehrenamtlicher Helfer. Übernachteten im vergangenen Sommer und Herbst rund 80 von ihnen noch auf dem Fußboden der St. Pauli-Kirche von Pastor Sieghard Wilm, leben 52 von ihnen inzwischen in beheizten Containern rund um das Gotteshaus sowie um die

Christianskirche im Stadtteil Ottensen und die Martin-Luther-Kirche in Iserbrook.

Die vorwiegend aus den westafrikanischen Staaten Ghana, Mali oder der Elfenbeinküste stammenden libyschen Gastarbeiter waren während des Kriegs in dem Wüstenstaat auf die Insel Lampedusa vertrieben worden. Nach fast zwei Jahren in Italien, das ihre grundsätzliche Schutzbedürftigkeit anerkannt hat, waren sie jedoch nach eigenen Angaben im Anschluss an die Schließung der Flüchtlingslager von dem südeuropäischen Land zum Gehen aufgefordert worden und so in die Hansestadt gekommen. Dort landeten sie nach dem Auslaufen des Winternotprogramms für Obdachlose zunächst auf der Straße. Die Solidarität unter der Bevölkerung war

von Anfang an groß. Ein kollektives Bleiberecht für die Hamburger Flüchtlinge lehnt der SPD-Senat jedoch strikt ab. Zum einen sieht Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) für die Flüchtlinge „keine dauerhafte Perspektive“ in Deutschland, zum anderen könne nur jenen geholfen werden, die aussagen, wer sie seien und woher sie kommen.

Lange Zeit wollte die Kirche diesen vom Senat vorgegebenen Weg nicht mitgehen. Erst als er sein Angebot präzisierte, empfahl Pastor Wilm seinen Gästen, sich bei den Behörden zu melden – obwohl er sich weiter vom Senat irritiert zeigt.

Die Fundamentalopposition der Flüchtlingsgruppe „Lampedusa in Hamburg“, der nach eigenen Angaben heute 385 Menschen angehören, lehnt eine Einzelfallprüfung weiter vehement ab. Sie befürchtet, dass damit ihre Abschiebung vorbereitet werden kann und fordert eine Gruppenanerkennung nach Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes.

Anders als für die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ kommen für Pastor Wilm mehrere Lösungen für die Flüchtlinge infrage: Neben einem Bleiberecht in Deutschland aus humanitären Gründen könne eine Rückkehr in die afrikanischen Heimatländer auf freiwilliger Basis erfolgen, eine Rückkehr nach Italien müsse mit Zusagen für ein Integrationsprogramm verbunden sein. Egal, was letztlich entschieden wird: Es wird noch eine ganze Weile dauern. Bis dahin befinden sich die Flüchtlinge, wie Pastor Wilm sagt, im „Wartesaal der Hoffnung“.



Nicht sehr geräumig, aber besser als auf der Straße. Zwei der Lampedusa-Flüchtlinge in ihrem ausgebauten Bauwagen.
FOTO: GEORG WENDT

Tödlicher Unfall beim Geocaching

Hannover (wk). Ein 51 Jahre alter Mann ist beim sogenannten Geocaching in Hannover tödlich verunglückt. Geocaching ist eine Art elektronische Schnitzeljagd. Dabei sucht man eine Dose oder eine Schachtel – den Cache, in dem zum Beispiel kleine Geschenke wie Spielfiguren stecken – anhand der im Internet verzeichneten Koordinaten mit einem GPS-Gerät. Der 51-Jährige versuchte laut Polizei einen Cache zu finden, der unter der Friederikenbrücke in Hannover-Herrenhausen befestigt war. Die Brücke führt über einen Wassergraben im Georgengarten. Ein Spaziergänger fand die Leiche des Mannes gestern in dem Graben und verständigte die Polizei.

Wegen Geldbörse in Lebensgefahr

Hannover (wk). Weil er seinen Geldbeutel vor dem herannahenden Zug von den Gleisen holen wollte, hat ein 51-Jähriger im Hauptbahnhof Hannover für die Notbremsung einer S-Bahn gesorgt. Der Zug war laut gestriger Mitteilung der Bundespolizei am Sonnabendnachmittag nur noch 20 Meter entfernt, als der Mann ins Gleisbett sprang. Der Lokführer leitete sofort die Notbremsung ein. Verletzt wurde niemand. Der Bahnführer war aber nach Polizeiangaben so geschockt, dass er abgelöst werden musste. Gegen den Mann, der seine heruntergefallene Geldbörse holen wollte, wurde ein Verfahren wegen gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr eingeleitet.